

**Für Rückfragen:**

Alexander Warstat
Pressesprecher ChemieNord
Durchwahl +49 (0) 40 639 1883 505
Mobil +49 (0) 172 457 46 77
warstat@chemienord.de
www.chemienord.de

IW-Umfrage zum Investitionsverhalten der Chemie- und Pharmaunternehmen im Norden:**Bürokratie blockiert Erweiterungen und Beschäftigungsaufbau**

Hamburg/Hannover, 6. Dezember 2017 – Die aktuell guten wirtschaftlichen Rahmendaten verdecken massive Investitionshemmnisse in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Das ergab eine aktuelle Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft aus Köln (IW) unter 300 Mitgliedsunternehmen des Arbeitgeberverbandes ChemieNord und des Verbandes der Chemischen Industrie Landesverband Nord (VCI Nord). Größte Hemmschuhe für die Investitionsbereitschaft der Unternehmen sind demnach die im Ergebnis nicht kalkulierbaren Verwaltungsprozesse sowie die durch neue Gesetze und Verordnungen stetig anwachsende Bürokratie. Keins der befragten Unternehmen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen vergab auf einer Skala in Schulnoten für die wichtige Zusammenarbeit mit den Genehmigungsbehörden mehr als eine 3 minus. Kaum besser werden die hohen Energiepreise benotet, die damit ebenfalls ein massives Hemmnis für Investitionen in Norddeutschland darstellen. Wird überhaupt investiert, fließt das Geld bei rund 60 Prozent der Unternehmen nur in die Modernisierung ihrer Anlagen und nicht in die Einführung neuer Technologien oder Geschäftsfelder. Als deutlich besserer Standort für Erweiterungsinvestitionen wird von allen Unternehmen „das Ausland“ genannt.

„Für eine führende Industrienation sind diese schlechten Bewertungen und die nur auf Bestandserhaltung ausgerichtete Investitionsbereitschaft der Unternehmen nicht hinnehmbar und müssen den Landesregierungen in Hamburg, Kiel und Hannover trotz der derzeit guten Wirtschaftslage unbedingt zu denken geben. Sie dürfen sich von der aktuellen Situation nicht blenden lassen und müssen ihren Ankündigungen, eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Industriepolitik auf allen Ebenen vorantreiben zu wollen, jetzt dringend in die Tat umsetzen, damit sich die Chemie- und Pharmaindustrie im Norden weiterentwickeln und so auch neue Arbeitsplätze schaffen kann“, betont Dr. Jochen Wilkens, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes ChemieNord.

Auch die weiteren Befragungsergebnisse untermauern diesen politischen Handlungsbedarf in den drei norddeutschen Bundesländern. So wird die Möglichkeit, die nötigen Fach und Nachwuchskräfte zu finden, ebenfalls als nicht befriedigend eingestuft (Note 3,3). Und die Kommunikationsinfrastruktur (Breitband und Mobilfunkversorgung) erhält mit Ausnahme Hamburgs (Note 2,4) gleichfalls nur eine mehr als mittelmäßige Bewertung (Note 3,4).

„Die neuen Landesregierungen in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein, aber auch der Rot-Grüne-Senat in Hamburg, haben jetzt die Chance, durch schnelles und konsequentes Handeln vor allem beim Bürokratieabbau, der sicheren und preisgünstigen Energieversorgung, der gezielten Forschungsförderung und der Qualitätssteigerung in der gesamten Schul- und Berufsschullandschaft wichtige Weichen für die Weiterentwicklung einer innovativen und zukunftsweisenden Wirtschafts- und Industriepolitik im Norden zu stellen. Gleichzeitig können sie damit wichtige Impulse setzen für die anstehende Regierungsbildung in Berlin, bei der auch die Rolle Deutschlands als starkes Industrieland auf dem Spiel stehen wird“, so Wilkens.

Über ChemieNord:

ChemieNord ist der Arbeitgeberverband für die chemische Industrie in Norddeutschland. Der Verband vertritt 300 Mitgliedsunternehmen mit knapp 65.000 Beschäftigten. Kernaufgaben des Verbandes sind der Abschluss von Tarifverträgen und die arbeitsrechtliche Beratung der Mitgliedsunternehmen.

Über den VCI Nord:

Der VCI Nord ist ein Landesverband des Verbandes der Chemischen Industrie. Er vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von 280 Mitgliedsunternehmen in Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen. Weitere Kernaufgaben des Verbandes sind die Fortbildung von Lehrkräften, die Verbesserung des naturwissenschaftlichen Unterrichts sowie die Förderung von Kontakten zwischen Hochschulen und Wirtschaft.